

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis

gemäß § 81 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)



Eingangsdatum

Hinweise: Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmung in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG). Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Bitte beachten Sie unsere Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 DSGVO auf unserer Homepage im Bereich www.ortenaukreis.de/auslaenderbehoerde. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Die Beantragung eines Aufenthaltstitels hat für jede Person - auch für Kinder - auf einem eigenen Vordruck zu erfolgen (§ 81 AufenthG).

1. Angaben zum/zur Antragsteller/in

Familienname,

ggf. frühere(r) Name(n) _____

Geburtsname _____

Vorname(n) _____

Geburtsdatum und -ort _____

Geschlecht männlich weiblich

Augenfarbe _____ **Größe** _____

Staatsangehörigkeit(en)

a) Jetzige _____

b) Frühere _____

Volkszugehörigkeit
(Angabe freiwillig) _____

Religion
(Angabe freiwillig) _____

1.1 Familienstand

Ledig Verheiratet seit _____

Getrennt lebend Geschieden Verwitwet seit _____

In eingetragener Lebenspartnerschaft lebend seit _____

Telefon (Angabe freiwillig)

Telefax (Angabe freiwillig)

E-Mail (Angabe freiwillig)

Derzeitiger Wohnsitz

1.2 Pass/Passersatz

Eigener Pass/Ausweis Eingetragen bei: Mutter Vater

Art des Passes/Ausweises (genaue Bezeichnung)

Ausweisnummer _____ gültig bis _____

ausgestellt von _____ ausgestellt am _____

Rückkehrberechtigung nach (Staat) _____ bis zum _____

1.3 Derzeitiger Aufenthaltstitel

Aufenthaltserlaubnis Aufenthaltserlaubnis (AusIG 1990) Aufenthaltsbefugnis (AusIG 1990)

Sonstiger seit: _____

Rechtsgrundlage:

- | | | |
|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> Beschäftigung (§ 18 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Aufenthaltsgewährung durch oberste Landesbehörde oder Aufnahmezusage Bund (§ 23 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Härtefallentscheidung (§ 23a AufenthG) |
| <input type="checkbox"/> Asylberechtigt (§ 25 Abs. 1 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz (§ 25 Abs. 2 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Abschiebehindernisse (§ 25 Abs. 3 AufenthG) |
| <input type="checkbox"/> Nachzug zu Deutscher/n/m (§ 28 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Ehegattennachzug zu Ausländer (§ 30 AufenthG) | <input type="checkbox"/> Kindernachzug zu Ausländer (§ 32 AufenthG) |
| <input type="checkbox"/> ehemalige/r Deutsche/r (§ 38 AufenthG) | <input type="checkbox"/> _____ | |

2. Angaben zu Familienangehörigen

2.1 Ehegatte/eingetragener Lebenspartner nach LPartG

Familienname,
ggf. frühere(r) Name(n) _____

Geburtsname _____

Vorname(n) _____

Geburtsdatum und -ort _____

Geschlecht männlich weiblich

Augenfarbe _____ Größe _____

Staatsangehörigkeit(en)

a) Jetzige _____

b) Frühere _____

Volkszugehörigkeit

(Angabe freiwillig) _____

Religion

(Angabe freiwillig) _____

Derzeitiger Wohnsitz

2.2 Aufenthaltsrechtlicher Status

Aufenthaltserlaubnis _____
gültig bis

Niederlassungserlaubnis Asylberechtig

Sonstiger aufenthaltsrechtlicher Status _____
Bezeichnung gültig bis

2.3 Kinder des Antragstellers

| Name | Vorname | männl. | weibl. | Geburtsdatum und -ort | Staatsangehörigkeit | Wohnort |
|------|---------|--------------------------|--------------------------|-----------------------|---------------------|---------|
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | | |

Weitere Kinder bitte auf gesondertem Blatt angeben!

3. Angaben zum Aufenthalt

Haben Sie sich seit der Begründung Ihres Aufenthalts im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend oder länger als 6 Monate im Ausland aufgehalten?

Nein Ja,

von (Datum)

bis (Datum)

in (Ort, Kreis, Bundesland)

| | | |
|-------|-------|-------|
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |
| _____ | _____ | _____ |

3.1 Lebensunterhalt

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?

Beziehen Sie Leistungen nach dem zweiten oder zwölften Buch Sozialgesetzbuch?

Nein

Ja,

Hilfe zum Lebensunterhalt
(Sozialhilfe)

Grundsicherung für Arbeitssuchende
(Arbeitslosengeld II)

Wohngeld

Sonstige:

Euro monatlich
Betrag

Ich habe Unterhaltspflichten gegenüber anderen Personen

Nein Ja, gegenüber folgenden _____ Personen:
Anzahl

Familienname, Vorname(n) Geburtsdatum

Wohnort (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

Familienname, Vorname(n) Geburtsdatum

Wohnort (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

Weitere unterhaltsberechtigte Personen sind auf einem Beiblatt anzugeben.

3.2 Rentenversicherung

- Ich habe mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
- Ich habe mindestens 60 Monate freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
- Ich habe Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- und Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens geleistet (Nachweis liegt bei).
- Die Rentenversicherung ist über meinen Ehegatten gesichert (Nachweis liegt bei).
- Ich befinde mich in Ausbildung, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsanspruch führt (siehe oben).
- Ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).

Wohnraum der Familie

Wohnfläche _____ m² für _____ Personen
(Anzahl)

Mietvertrag Wohnraumbescheinigung liegt bei.

4. Rechtsverstöße

Wurden Sie in den letzten 3 Jahren zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten oder einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen verurteilt?

Nein Ja, _____ Datum _____ Gericht

Grund:

Sonstige Begründung:

Ich beantrage die Erteilung der Niederlassungserlaubnis.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben.

Wichtige Hinweise nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ich nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden kann, wenn ich im Verfahren nach dem Aufenthaltsgesetz oder zur Erlangung eines einheitlichen Sichtvermerkes nach Maßgabe des Schengener Durchführungsübereinkommens falsche oder unvollständige Angaben zum Zwecke der Erlangung eines Aufenthaltstitels mache oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden im In- und Ausland mitwirke.
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz erfüllen. Die Straftat kann mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige und unrichtige Angaben zum vorstehenden Sachverhalt gehören (§ 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz). Ein erteilter Aufenthaltstitel kann zurückgenommen werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Ort, Datum



Lichtbild

Eigenhändige Unterschrift
(bei Kindern unter 16 Jahren: Gesetzlicher Vertreter)